



EU-Länderempfehlungen zur Abschaffung der Meisterpflicht

Köln, den 19. Juli 2013

Ende Mai 2013 sind die länderspezifischen Empfehlungen der EU-Kommission für die Mitgliedsstaaten veröffentlicht worden. Diese sind Teil des so genannten Europäischen Semesters, in dessen Rahmen alljährlich die Haushalts- und Strukturpolitik der Mitgliedsstaaten überprüft und koordiniert wird. Die Kommission empfiehlt für Deutschland in den länderspezifischen Empfehlungen, Maßnahmen zu ergreifen, um den Wettbewerb in bestimmten Handwerken, insbesondere im Baugewerbe, zu fördern. Sie beanstandet, dass der Zugang zu bestimmten Berufen und deren Ausübung nach wie vor beschränkt ist. Deutschland sollte stärker an der Öffnung des Dienstleistungssektors arbeiten, indem unberechtigte Beschränkungen und Marktzutrittsschranken abgeschafft werden, was das Preisniveau senken und Dienstleistungen für die unteren Einkommensgruppen bezahlbarer machen soll.

Für Deutschland sind die Empfehlungen der Kommission unverbindlich. Nur Länder, die in einem Defizitverfahren stecken oder in Verfahren zu makroökonomischen Ungleichgewichten, können sanktioniert werden, falls sie die Empfehlungen nicht umsetzen.

Der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) hat sich unmittelbar nach Bekanntwerden der Empfehlungen intensiv mit der Bundesregierung ausgetauscht, die daraufhin in einer Stellungnahme gegenüber der EU-Kommission klargestellt

hat, dass es im Handwerk weder unge-rechtfertigte Beschränkungen noch Marktzugangsschranken gibt.

Die geltenden Berufszulassungsregelungen sind vielmehr Garanten für Qualitätssicherung auf hohem Niveau und stehen einer dynamischen Wirtschaftsentwicklung keinesfalls im Wege. Dennoch wurden die Empfehlungen Ende Juni 2013 durch den Europäischen Rat gebilligt. Auch wenn die Empfehlungen – wie oben erwähnt – keinen verbindlichen Charakter haben, sind sie doch in hohem Maße als ärgerlich und inkonsequent einzustufen. Dementsprechend deutlich hat ZDH-Generalsekretär Schwannecke die EU-Kommission in einer Presseerklärung kritisiert und ausgeführt, sie verhalte sich ignorant, wenn sie in ihren länderspezifischen Empfehlungen den Meisterbrief als ungerechtfertigte Beschränkung und Marktzugangsschranke bezeichnet, gleichzeitig aber das Duale Ausbildungssystem in Deutschland lobt und als „Best Practice“ den Krisenländern Südeuropas empfiehlt. Das hohe Niveau der beruflichen Bildung in Deutschland ist ja gerade das Ergebnis einer auf der Basis von Qualifikation geregelten Zulassungspraxis.

Auch wenn derzeit kein konkretes Richtlinienvorhaben zur Abschaffung der Meisterpflicht auf EU-Ebene existiert, wird der ZVDH dennoch mit allem Nachdruck über seine Gremienarbeit im ZDH und in der Bundesvereinigung Bauwirtschaft und deren Vertretungen in Brüssel für den Meisterbrief als qualitäts- und beschäftigungssicherndes Element werben. Die vorliegenden Zahlen und Erfahrungen aus der Handwerksnovelle 2004 sprechen dabei für sich.